Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland

SV

Gegr. 1840.

Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,90 G.-M. einschl. Bestellgeld b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,50 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pfg Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunft und Offerten-Annahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen-Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . . .

Nr. 231 — Olpe, Donnerstag, den 2. Oktober 1924 — 84. Jahrg.

Tagesübersicht.

)*(**Olpe**, 1. Okt. Es **scheint möglich** zu sein, daß **innenpolitisch** doch eine **Einigung** erreicht werden kann. Die Deutschnationalen haben ihre ursprüngliche Forderung, den **Kanzlerposten** zu besetzen, wohl endgültig fallen gelassen; sie wollen sich mit **vier Ministersesseln** begnügen. Auch darüber werden sie wohl mit sich noch handeln lassen! **Dr. Marx** setzt seinerseits die Einigungsbemühungen zwischen **links und rechts** fort. Wir wollen ihm im Interesse des Vaterlandes recht viel Erfolg wünschen! — — Den Weg der friedlichen Einigung hat auch **Zaghlul** Pascha aus **Aegypten** beschritten. Der 74jährige Mann machte die weite Reise nach London, um mit Macdonald die **Sudanfrage** zu lösen. Worin der Kern dieser wichtigen **weltpolitischen** Frage besteht, wird in einem besonderen Artikel dargelegt. — — **Wirtschaftspolitisch** heißt die Losung: **Sparen!** Mit Recht sagt der Reichsfinanzminister in seiner Rede, das Wort „Sparen" müsse als „Hauptwort" **groß geschrieben** werden. Sparen müssen wir im **Haushalt** (wohl oder übel!), in **der Gemeinde**, in der **Staatsverwaltung** und auf dem Wege von der **Gütererzeugung zum Güterverbrauch!** Sonst kommen wir trotz aller innen- und außenpolitischen Bestrebungen nicht voran!

England und Aegypten.

In diesen Tagen trafen Macdonald und Zaghlul in London zusammen. Es steht zur Entscheidung, ob Aegypten, nachdem es einen Nationalisten zum Premier hat, der keine Puppe der englischen Diplomatie ist, mit Großbritannien einig werden kann. **Wer ist Zaghlul?** Seine Vergangenheit weist in zwei Richtungen: er will die ägyptische Unabhängigkeit, aber es ist nicht zum erstenmal, daß er sich bereit zeigt, mit London zu verhandeln. Die Lage ist ähnlich wie in Indien: noch ist es Zeit für eine Lösung, **die den Interessen beider Länder gerecht wird.** Noch gibt es genug Aegypter, die im engen Anschluß an das große Weltreich guten Nutzen sehen, während umgekehrt alle denkenden Politiker Großbritanniens, auch die auf der konservativen Rechten, keine Beherrschung Aegyptens, sondern die allmähliche Heranbildung eines autonomen, aber dem Reich angeschlossenen Staates anstreben. Ein neues Glied in dem Staatenbund der Zukunft, der sich unter der Führung Londons im Lauf der Zeit aus dem britischen Weltreich herausbilden soll.

„England",

so sagt die Morning Post in einem zum Empfang Zaghluls programmatisch geschriebenen Artikel, „will Aegypten nicht besitzen, aber es ist für das britische Interesse notwendig, daß Aegypten nicht in die Hände irgend einer anderen Macht fällt. Aegypten liegt quer durch das britische Reich, und die Interessen beider Länder könnten am besten gewahrt werden durch ein freundschaftliches Uebereinkommen wodurch England verpflichtet, Aegypten gegen einen Angriff von außen zu schützen, während Aegypten die speziellen Rechte und Interessen Englands im Nilal anerkennt." Die Frage ist: wünscht Aegypten einen solchen Schutz und um einen solchen Preis? Die Antwort Englands ist einstimmig und Macdonald hat im Sommer auch im Namen der Labour-Regierung erklärt, daß diese „Interessen im Nilal", **der Sudan,** von Aegypten getrennt und im englischen Machtbereich verbleiben müssen. Auf dem

Programm der ägyptischen Nationalisten

steht aber, daß der Sudan den Aegypter gehöre; sie wollen also diesen Preis für den englischen Schutz nicht zahlen und über die Frage, ob der Schutz überhaupt nötig und erwünscht sei, gehen zum mindesten die Meinungen der Aegypter sehr auseinander. Englischer Hilfe bei der Erschließung des Landes sind sie gewiß nicht abgeneigt und überdies ist schon reichlich englisches Geld nach Aegypten geflossen. Hier hakt die Morning Post ein, indem sie Zaghlul an folgendes erinnert, was sie als den „Standpunkt Europas" bezeichnet: „Aegypten ist ein Schuldnerstaat".

Die materielle Wohlfahrt Aegyptens hängt weitgehend von Europäern und europäischem Kapital ab, und solange die Europäer in Aegypten ungestört durch willkürliche und ungerechte Gesetzgebung und Besteuerung wohnen können, werden sie fortfahren, Aegypten einen mehr als nur relativ wesentlichen Vorteil zu bieten, — einen Vorteil, dessen sich die Aegypter, nach offiziellen Aeußerungen der neueren Zeit, völlig bewußt zu sein scheinen." Unter dem Schutz dieser Immunität der Europäer blühten zwar allerhand soziale Uebel (Spielhöllen, Opiumhandel usw.) und man verstehe, daß sich die Aegypter fragen, ob die materiellen Vorteile, die das Land aus dem Europäerlegen genieße, nicht durch die moralische Schädigung aufgewogen würden. Aber, so heißt es weiter, wenn Aegypten nach vollständiger Selbstbestimmung im eigenen Haus strebt, so muß es erst zeigen, daß es die Fähigkeit und ehrliche Absicht besitzt, zu regieren, zu verwalten und das Land in Ordnung zu halten.

Die Morning Post schreibt: „Losgelöst von aller Rethorik ist der ägyptische Standpunkt einfach genug: er ist „Aegypten für die Aegypter", mit kompletter Beseitigung aller Formen ausländischer Kontrolle und Führung". Und dazu kommt noch das Verlangen nach dem Sudan. Wie weit auch immer die Forderungen Zaghluls gehen mögen, auch im besten Fall wird die englische Begründung in Aegypten viel Anstoß erregen, denn das Unangenehmste, was man zielbewußt auftretenden Menschen sagen kann, ist natürlich daß sie „noch nicht soweit" seien und daß sie ihre moralische und praktische Tüchtigkeit sehr überschätzen. Das ist nun einmal die übliche englische Redeweise, die in Indien ebenso sehr verletzt wie in Aegypten — selbst wenn sie richtig sein sollte. Die Wahrheit ist aber, daß England selbst den vollendetsten indischen oder ägyptischen Verwaltungskünstlern das Land heute nach um keinen Preis restlos auszuliefern geneigt wäre.

Was die Engländer praktisch zu tun bereit sind, ist schon vor Jahren in dem bekannten Memorandum Lord Milners ausgesprochen worden, das zwar die Londoner Regierung nicht bindet und wegen seiner kühnen Reformbereitschaft in manchen englischen Kreisen Entsetzen erregte, aber nur deshalb nicht in Praxis umgesetzt wurde, weil Zaghlul, damals gegen seine eigentliche Absicht, so starke Reserven daranknüpfte — um die extremsten Elemente seines Landes zu beruhigen —, daß der Plan durchfiel. Auf der anderen Seite sind alle Hoffnungen, die man in, der sudanesischen Frage etwa noch in Aegypten auf die englische Arbeiterpartei gesetzt haben mochte, der klaren Erkenntnis gewichen, daß auch unter einer Arbeiterregierung auf keinen Fall mit einer Freigabe des Sudans zu rechnen ist. Damit verengt sich der Verhandlungsstoff und Optimisten deuten es günstig, daß Zaghlul nach London kam, obwohl er über die so gezogenen Grenzen keinen Zweifel haben kann. Formell begründet sich die Einladung die Macdonald schon im Frühjahr an den ägyptischen Premier ergehen ließ, darauf, daß vier Punkte ausdrücklich für künftige Regelung vorbehalten blieben. Diese vier Punkte betreffen: den künftigen Status des Sudans, die Verteidigung Aegyptens, die Sicherheit der Reichsverkehrslinien und den Schutz der Ausländer. Jenes Hauptproblem wurde durch die damalige Erklärung „absolut dem Ermessen S. M. Regierung vorbehalten bis zu dem Zeitpunkt, wo es möglich ist, durch freie Diskussion und freundschaftliche beiderseitige Anpassung ein Abkommen zu treffen zwischen S. M. Regierung und der Regierung von Aegypten". Diesen Zeitpunkt hält Macdonald für gekommen, obwohl Zaghlul feierlichst erklärt hat, daß er für komplette Unabhängigkeit des Sudans sei, während Macdonald für das Gegenteil eintritt. Da ein Nachgeben auf englischer Seite undenkbar ist, könnte man höchstens annehmen, daß Macdonald, der überdies Zaghlul bereits persönlich kennt, aus Aegypten erfreulichere Nachrichten hatte, oder daß er eine Verhandlung auch dann für genügend aussichtsreich hält, wenn ein Abkommen über den Sudan nicht möglich ist. Die Verhandlungen würden sich dann in der Praxis auf die Besprechung der Reichsverteidigung (Suezkanal) konzentrieren und auf das Ausmaß, in dem England durch Besatzung u. militärische Kontrolle der Unabhängigkeit Aegyptens fernerhin Schranken auferlegen will. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Frage, an welchen Stellen die zur Verteidigung des Kanals notwendigen Truppen und Einrichtungen gehalten werden sollen. So wichtig dies auch für die ägyptischen Nationalisten ist — ihr Elsaß-Lothringen ist der Sudan. Die Störungen und Meutereien, die in neuerer Zeit so ernst waren, sind nach englischer Meinung zweifelsfrei auf die Umtriebe ägyptischer Nationalisten zurückzuführen. Zaghlul ist dafür nicht verantwortlich, sondern teils Hypernationalisten, teils Kommunisten. Aber was man Zaghlul vorwirft, ist dies: er lasse sich durch Beifall der Massen und durch Drohungen der Extremisten immer wieder zu Worten und Versprechungen hinreißen, die er nicht einlösen könne, was Unheil über Unheil schaffe.

Saad Pascha Zaghlul, ein großer, blasser, brauner, breitschultriger Fellache mit schmalen Augen und kräftigen Backenknochen, 74 Jahre alt, mit grauem Schnurrbart — „ein fast mongolischer Typ" so nennt ihn die Times — ist eine außerordentliche Persönlichkeit, „die beinahe hypnotischen Einfluß auf seine Landsleute ausübt." So peitschte er das Volk auf und ließ sich zugleich durch die stürmische Welle viel höher tragen, als er eigentlich wollte. Seine Autorität in Aegypten ist heute unbestritten. Die Engländer haben ihm selbst zu dem höchsten Rang der Volksgunst verholfen, indem sie, als er im Namen der Nationalisten in London verhandelte, seine Legitimation als Repräsentant des wahren Aegypten bestritten und ihn mehr als einmal in seinem langen, kampferfüllten Leben verfolgten und gefangensetzten. Ein Mann voller Begabung, führender Jurist seines Landes und seit Jahrzehnten an der Front der ägyptischen Politik und Verwaltung. Seine Natur mag rebellisch sein, aber während langer Jahre sah man ihn immer wieder im aktiven Staatsdienst an der Seite von Männern, die London genehm waren. Seine Gattin ist die Tochter eines Mannes, der dreizehn Jahre lang unter den Augen der Engländer Premierminister war, des Mustapha Pascha Fahmy. Nach dem Kriege erst wurde er zum Führer der aktionslustigen nationalistischen Bewegung. Aber was er auch dann wollte, war Reform und nichts mehr. Seit Februar 1924 ist er Premierminister und unbestrittener Führer Aegyptens. Nun kam er nach London, sein eigener Herr bei der Verhandlung. —

Dieses Lebensschicksal und dieses Temperament, — ein Wechsel von Kampf u. Friedensneigung von seltenschaftlicher Agitation und kühlem Denken, — deuten darauf, daß im Augenblick bei de: Londoner Verhandlungen nichts Dramatisches bevorsteht, weder im Guten noch im Schlechten. Es ist ein neuer Fall, in dem die Führer vielleicht zum Entschluß bereit wären, aber in dem sie mit bedauerndem Achselzucken auf Lage und Stimmung im eigenen Lande verweisen werden. In solchen Fällen pflegt lange Zeit zu vergehen, bevor irgend etwas geschieht und vernünftigerweise geschehen kann.

Deutschland.

Die Ministerkandidaten der Deutschnationalen.

K **Berlin**, 1. Okt. Die Deutschnationalen haben zu den Verhandlungen mit der Reichsregierung über ihren Eintritt in die Reichsregierung als Delegierte genannt die Abgeordneten Hergt, Graf Westarp, Schiele und Behrens. Diese 4 Persönlichkeiten sind zugleich auch die Ministerkandidaten der Deutschnationalen.

Man muß sich einmal klar werden, was mit der Nominierung dieser Persönlichkeiten als Verhandlungsführer politisch sich ankündigt. Zunächst geben die Deutschnationalen damit zu erkennen, daß sie

nicht weniger als 4 Ministersitze

beanspruchen. Das ist sehr reichlich für eine Partei, die halb und halb, und noch dazu von einem Dutzend Gesetzen **nur für ein einziges** gestimmt hat. Von Bescheidenheit ist also keine Rede. Dagegen tritt der Anspruch auf die **maßgebende Mitbestimmung,** ja auf die Führung in diesem Verhalten ganz deutlich hervor. Wie dieser Anspruch zu vereinbaren ist mit der Tatsache, daß die Deutschnationalen als Partei um die Verantwortlichkeit für die Londoner Gesetze sich unter den merkwürdigsten Machenschaften herumdrückten, ist eine Angelegenheit, über deren moralischen Gehalt wir nicht weiter streiten wollen. Noch merkwürdiger muß es berühren, daß unter den deutschnationalen Persönlichkeiten, die mit der Reichsregierung verhandeln wollen, sich in Hergt und Westarp **zwei Neinsager** präsentieren, von denen Hergt für das **Reichsministerium des Innern** und gleichzeitig den Vizekanzlerposten und **Westarp als Justizminister** gedacht ist. Die Deutschnationalen werden Aufklärung darüber geben müssen, wie sie die Präsentierung solcher Persönlichkeiten

die schroff alle Londoner Gesetze ablehnten,

mit der Notwendigkeit in Einklang bringen wollen, die, in mühseliger, jahrelanger und gerade von den beiden genannten Politikern immer wieder auf das schärfste bekämpften Arbeit errichtete außenpolitische Linie nun auch weiterhin zu sichern und innenpolitisch zu verankern. Wenn in dem Abgeordneten Behrens ein Jasager delegiert und wenn man **Behrens als Arbeitsminister** bei den Deutschnationalen in Vorschlag bringt, so ist das lediglich eine Konzession, dazu bestimmt, die zwischen den Ja- und Neinsagern bei den Deutschnationalen immer noch bestehende große Kluft zu verringern. In dem Abgeordneten **Schiele** schließlich, der schon früher als **Reichsernährungsminister** von den Deutschnationalen genannt wurde, muß man eine Vermittlungsperson sehen, nachdem Schiele bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag wegen Krankheit nicht teilgenommen, sich also offiziell weder für Ja noch für Nein entschieden hat.

Erwägt man, daß es bei einem evtl. Eintritt der Deutschnationalen um eine Koalition von 5 Parteien sich handeln würde, die sich unter 12 Ministersitze zu teilen hätten, von denen die Deutschnationalen also allein 4 für sich beanspruchen, dann sieht man, daß die Deutschnationalen

ihr Ziel des wirklich maßgebenden Einflusses

nicht aufgegeben haben, sondern konsequent verfolgen. Sie erheben allerdings nicht mehr den Anspruch auch auf die nach außen hin zu tage tretende Führung durch Uebernahme des Reichskanzlerpostens, von **Tirpitz ist nicht** mehr die Rede. Aber sie fordern einen **Kurswechsel,** und das in einem Augenblick, in welchem die Hälfte ihrer Partei den bisher eingeschlagenen Kurs durch ihre Abstimmung offiziell zu **billigen gezwungen war!**

So wird keine Politik gemacht! Die Deutschnationalen werden sich bescheiden müssen und vor allem wird bei dem weiteren Gang der Dinge, bei dem die Zügelführung in den Händen des Reichskanzlers zu bleiben hat den Deutschnationalen zu Gemüte zu führen sein, daß es im Rahmen einer wirklichen Volksgemeinschaft keinen Raum gibt für **unberechtigte** Herrschaftsansprüche.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

WTB Leipzig, 1. Okt. Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte dem Berliner Vertreter der Leipziger Neuesten Nachrichten eine Unterredung. Auf die Bemerkung des Vertreters, daß die Presse mehrfach über Anregungen von Wirtschaftskreisen berichtet habe, die auf eine Ergänzung der Verbilligungsmaßnahmen durch den Steuerabzug auf der ganzen Linie hinzielen, erwiderte der Minister: Es sei in der Tat eine Flut von Anregungen und Forderungen von Wirtschaftskreisen auf das Finanzministerium eingedrungen, gewiß bezeichnend für die ernste Lage der Wirtschaft. Sie werden hier im Hause sorgfältig geprüft. Es läßt sich jedoch nicht leugnen daß diese vielfach unsere Finanzlage durchaus falsch beurteilen und geeignet sind, in der Oeffentlichkeit ein unrichtiges Bild über die Bedingungen und Möglichkeiten des Preisabbaues hervorzurufen. Ich habe in meiner Reichstagsrede vom 22. August deutlich gesagt, daß die wesentlichsten Leistungen, die das Reich in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1924 vollzogen hat, darunter namentlich der Rückkauf der Goldanleihen, nicht aus laufenden Steuern, sondern aus einmaligen Einnahmen der damaligen Zeit bewirkt worden sind. Was die hier und da zutreffenden Hinweise auf ein dauerndes Guthaben des Reiches in Höhe von mehreren Millionen Goldmark bei der Reichsbank betrifft, so ist richtig, daß das Reich vorübergehend ein festes und schließlich aus kurzfristigen Rentenmarkschatzwechseln bestehendes Guthaben in dieser Höhe bei der Reichsbank hatte Daß sich auf der Grundlage derartig kurzfristiger Kredite keine neue Reichsausgabewirtschaft aufbauen läßt, dürfte nicht bestritten werden. Wenn das Reich noch heute solche Kredite in allerdings starkem Umfang hat, ist das eine bittere Notwendigkeit, weil sonst der Betriebsfonds, der bekanntlich im Frieden 600 Millionen Goldmark betrug, für die Finanzwirtschaft des Reiches fehlen würde. Das Vorhandensein des Betriebsfonds ist die Voraussetzung dafür, daß wir wieder zu einer geringen Anzahl von Steuerzahlungsterminen zurückkehren. Ich bin erstaunt darüber, daß man vielfach schon vergessen hat, unter welchen Schwierigkeiten sich im November vorigen Jahres der Uebergang zu einer stabilen Währung und Etatswirtschaft vollzog, und welch außerordentlich harter Eingriffe der Reichsregierung es bedurfte, um die Stabilität herbeizuführen. Die Gehälter der Beamten sind noch auf einer Stufe, die der breiten Massen der Beamtenschaft gerade das Existenzminimum läßt. Der Beamtenabbau hat mit beklagenswertem Herzen vollzogen werden müssen. Für eine ausreichende Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Volksklassen haben Mittel nicht erübrigt werden können. Die laufenden Verwaltungen des Reiches sind durch eine strenge Quotifizierung der ihnen zur Verfügung gestellten Gelder zu starken Einschränkungen gezwungen. Die Wünsche der Reichstagsparteien zur Aufwertungsfrage müssen in der Finanzierungsfrage eine überwindbare Schranke finden. Ich bin durchaus davon überzeugt, daß die Steuerlasten, die vom Reiche den Ländern und Gemeinden auf die Wirtschaft gelegt werden, so gering sein müssen, wie irgend möglich. Darum wird es notwendig sein, auf dem Wege weiterer Ersparnisse nicht müde zu werden und besonders in denjenigen öffentlichen Verbänden, in denen man das Wort „Sparen" noch immer nicht groß geschrieben hat, endlich mit einem durchgreifenden Sparen zu beginnen. Ich glaube, daß es viele Deutsche gibt, die durch Beobachtung von öffentlichen Verbänden die Punkte feststellen können wo Ersparnismaßnahmen möglich und notwendig sind. Ich würde es sehr begrüßen, wenn jeder Deutsche, der die Gelegenheit hat, auch nachdrücklichst in diesem Sinne arbeiten würde. Der Reichsfinanzminister ist durchaus nicht die geeignete Universaladresse für alles was in Deutschland geschieht oder nicht geschieht. Ich glaube z. B., daß meine letzten Kollegen, die Stadtkämmerer, mit eine solche Anmaßung durchaus übel nehmen würden, daß die Steuern in dieser Hinsicht verfeinert und dabei mit allen Kräften tragbar gestaltet werden müssen. Darüber habe ich nie einen Zweifel gelassen, aber alle Bestrebungen der Regierung werden zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, wenn nicht die ganze Wirtschaft von dem gleichen Geiste durchdrungen ist. Die erforderliche wirtschaftliche Vereinigung auf betriebstechnischem kaufmännischem und organisatorischem Gebiete ist noch keineswegs in einem Maße fortgesetzt, daß heute schon ein Anschluß an die Weltmarktverhältnisse gesichert ist. Ich weiß sehr wohl, daß sich die Wirtschaft in außerordentlich schwierigen Verhältnissen befindet und daß es eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen gibt, die ihre Unkosten nicht herauswirtschaften können. Ich weiß aber auch, daß für andere Teile der Wirtschaft die Forderung nach einem Preisabbau durchaus berechtigt ist.

Ich halte durchaus an meinem Wort fest, daß es folgenschwer sein würde, wenn nicht die Tarifermäßigungen auf die Preisgestaltung einwirken. Ich hatte es deshalb aufrichtig begrüßt, wenn die Gesichtspunkte, für die die Privatwirtschaft die volle Verantwortung trägt, neben den Forderungen neuer Ermäßigungen von den betreffenden Wirtschaftskreisen eingehend gewürdigt worden wären. Vielfach stellt man es so hin, als ob alles allein von den Steuern abhinge. Dies ist eine wirtschaftliche Täuschung für die Oeffentlichkeit und darüber hinaus eine Enttäuschung. Ich habe nie gesagt, daß Umänderungen der Steuern beendet seien. Ich bin umgekehrt bereit, auf diesem Gebiet mündliche Pläne zu entwickeln, das Meinige mit aller Kraft zu tun. Ich möchte mich erneut so dringend bitten, das Ihrige zu tun.

Die Schwierigkeiten der Verhandlungen über Handelsverträge.

K **Berlin**, 1. Okt. Handelsvertragsverhandlungen stehen demnächst auch mit Italien bevor. Es werden dann solche im Gange sein mit **Rußland, Belgien, Frankreich, England** und **Italien. Die Reichsregierung** steht auf dem Standpunkt eines

gemäßigten Schutzes der deutschen Produktion,

unter Verlangen nach Gewährung unbedingter Meistbegünstigung. **Freihandel** kann für Deutschland nicht in Frage kommen, da es sich dann sofort den Zollmauern des Auslandes gegenübergestellt sähe. Was die Kritik an einzelnen Sätzen des dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegten Zolltarifs anlangt, so ist darauf hinzuweisen, daß dieser Entwurf ja nur eine **Diskussionsbasis** geben soll. Es gilt das speziell auch für die Sätze, welche für den Textilwaren-Außenhandel vorgesehen sind. Auf die von England verlangten Bindungen kann deutscherseits schon deshalb nicht eingegangen werden, da die deutschen Zollsätze noch garnicht feststehen.

Die Verhandlungen über die Schaffung von Handelsverträgen, die mit den verschiedensten Mächten seitens der deutschen Reichsregierung eingeleitet sind, gestalten sich überhaupt außerordentlich schwierig. Das liegt daran, daß wir die Handelsbeziehungen zu den fremden Völkern fast **vollständig neu aufbauen müssen.**

Mit dem 10. Januar 1925 wird Deutschland von den handelspolitischen Bindungen des Versailler Vertrages frei. Mit diesem Termin erlangt Deutschland wieder seine handelspolitische Freiheit und Selbständigkeit. **Damit steht Deutschland wieder an der Pforte des Weltmarktes.**

Um der ganzen Größe und Bedeutung der

gegenwärtigen handelspolitischen Verhandlungen

bewußt zu werden, muß man sich gerade diese Tatsache vor Augen führen, daß Deutschland nach zehnjähriger Verbannung von dem Weltmarkt wieder als gleichberechtigte Macht auf ihm erscheint. Die inzwischen vollzogenen welt- aber auch wirtschaftspolitischen Wandlungen, der Umstand insbesondere, daß während der Blockade Deutschlands das Ausland in sehr hohem Maße Mittel und Wege suchte, um sich von dem Bezug deutscher Produkte frei zu machen, schafft für uns eine sehr schwierige Situation. Unsere Unterhändler stoßen bei der Erörterung dieser Probleme immer wieder auf schwere Hemmnisse und obwohl, wie man feststellen muß, auf beiden Seiten der Wille zum Entgegenkommen offenbar ist, gibt es doch Angriffspunkte genug, die mehr als einmal schon die Verhandlungen als solche in Frage gestellt haben. Aus diesen Momenten ergab sich auch das Gerücht von dem Abbruch der deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen, ein gleiches Gerücht hat sich entsponnen bezüglich der Verhandlungen Deutschlands mit Belgien und nun auch mit Italien. Inzwischen sind auch die Delegierten für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ernannt worden, und gerade diesen Auseinandersetzungen kommt eine ganz außerordentliche nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Bedeutung zu.

Die deutsche Reichsregierung hat alle Vorkehrungen getroffen, um die Wirtschaftsverhandlungen

mit den ausländischen Mächten mit stärkstem Nachdruck führen

zu können. In dem beteiligten Ministerium sind besondere Abteilungen gebildet worden, in denen eigentlich schon seit Jahren das Material für die jetzt zu leistenden Arbeiten zusammengetragen und vorbereitet worden ist. Ein großer Wettkampf wird sich entspinnen und wer die Technik unserer Handelsvertragsverhandlungen noch kennt, der weiß, daß es kaum ein Gebiet gibt, auf dem so sehr mit Wechselfällen gerechnet werden muß, weil auf keinem anderen so sehr mit tendenziösen Gerüchten, auch mit Tricks und Bluffs gearbeitet wird wie hier. Die Erhebung der **26prozentigen Abgabe** auf die deutschen Einfuhrwaren durch England, Frankreich und Belgien ist gleichfalls als ein derartiges **Kampfmittel** anzusehen."

An dem Zustandekommen von Handelsverträgen mit Deutschland hat

das Ausland ein ganz besonderes Interesse

und man weiß ja, wie eifersüchtig gerade von englischer Seite allein schon der damals in London aufgetauchte Plan der unmittelbaren deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen verfolgt worden ist. Aber

auch Deutschland selbst

hat an dem Zustandekommen solcher Verträge das

allerdringlichste Interesse.

Wir als Industrieland mit drei trockenen Grenzen und einer starken industriellen Bevölkerung sind darauf angewiesen, unsere Waren auf den Weltmarkt zu bringen, sonst sind wir nicht im Stande, Millionen von Volksgenossen zu ernähren.

Handelsvertragsverhandlungen.

WTB Paris, 1. Okt. Die deutsche Delegation, die morgen die Verhandlungen über den Abschluß eines **Handelsvertrages** mit den französischen Delegierten einleiten wird, ist heute gegen Abend in Paris eingetroffen. Die drei Delegierten, Staatssekretäre Trendelenburg, Staatssekretär a. D. von Stasen und Regierungspräsident Freiherr von Dalwigk, wurden am Nordbahnhof von Botschaftsrat Dr. Hiebt namens der Botschaft und von den Vertretern der französischen Botschaft und des französischen Handelsministeriums empfangen. Die Verhandlungen beginnen heute nachmittag 3 Uhr im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Ministerpräsident Herriot selbst wird die Verhandlungen durch eine kleine Rede einleiten, auf die der deutsche Botschafter von Hoesch antwortet. Man nimmt an, daß auch Handelsminister Raynaldy das Wort ergreifen wird. Von Donnerstag ab finden dann die Sitzungen der Delegation im Handelsministerium statt.

Zur Verwaltungsreform.

WTB **Berlin**, 1. Okt. Die Landeshauptleute der preußischen Provinzen haben sich in ihrer Tagung vom 26.-27. September 1924 mit der Frage der Verwaltungsreform abschließend beschäftigt. Dabei haben sie in einer eingehenden Entschließung die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß eine wirkliche

Verwaltungsreform

nur unter gleichzeitiger Beachtung der Zusammenhänge zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) sich ermöglichen läßt, insbesondere aber auch eine klare Abgrenzung der gegenseitigen Zuständigkeiten zwischen den drei genannten Gruppen öffentlicher Betätigung unbedingt erforderlich ist.

Zu der Frage, ob in Preußen die

Regierungspräsidenten oder Oberpräsidenten

künftig die Aufgaben staatlicher Mittelinstanz zu erfüllen haben, und ob dieser die provinzielle Selbstverwaltung angegliedert werden soll, ist von den Landeshauptleuten folgender Standpunkt eingenommen worden:

„Hinsichtlich der Frage der Beseitigung einer staatlichen Mittelinstanz sind die Landeshauptleute der Ansicht, daß als Mittelinstanz **beide Stellen**, Oberpräsident und Regierungspräsident, unter klarer Scheidung ihrer Zuständigkeiten beizuhalten sind. Die notwendige Vereinfachung der Verwaltung braucht nicht in der Abschaffung einer Behörde zu liegen, sondern kann ebenso gut in dem Abbau des Umfanges der einzelnen Behörde gefunden werden. Ein solcher Abbau ist sowohl beim Oberpräsidenten durch Verfolgung des in der „kleinen Verwaltungsreform" gezeichneten Weges wie auch bei den Regierungspräsidenten durch Dekonzentration und Dezentralisation ihrer Aufgaben auf lokale Staatsbehörden und Selbstverwaltungskörper möglich."

Zu der von verschiedenen Seiten angeregten Frage der Uebertragung der Befugnisse des Landeshauptmanns auf den Oberpräsidenten nehmen die Landesdirektoren folgende Stellung: „Durch eine solche Regelung würde die Leistung und damit der Schwerpunkt der Selbstverwaltung der Provinz in die Hand eines Beamten gelegt, der nicht von den Organen des **Provinzialverbandes** gewählt wäre, und der durch die **Staatsregierung** jederzeit abberufen werden könnte. Das würde eine untragbare Schwächung der

provinziellen Selbstverwaltung

gegenüber der Staatsregierung bedeuten. Dem Oberpräsidenten in der Stellung des Landeshauptmanns würde es nicht möglich sein, nötigenfalls mit Nachdruck die besonderen Interessen seiner Provinz gegenüber einer abweichenden Stellung der Staatsregierung zu vertreten.

Auf der anderen Seite würde es aber auch mit der Stellung des höchsten Vertreters der Staatsregierung in der Provinz nicht vereinbar sein, wenn er in dem bei weitem größten Teil seiner Tätigkeit abhängig wäre von den Körperschaften des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses, denen er über seine Arbeit Rechenschaft abzulegen hätte."

Kleine politische Nachrichten.

WTB Paris, 30. Sept. Die Liga für Menschenrechte in Frankreich und Deutschland beschloß nach der Fre Nouvelle, im Laufe des Oktober eine Propaganda-Kampagne zu veranstalten, wobei Franzosen in Deutschland und Deutsche in Frankreich sprechen sollen. Als Redner der französischen Liga sind vorgesehen Professor Harry Graf Kessler, Kutschinski, von Gerlich und Dr. Gumbel.

WTB **Budapest**, 30. Sept. Laut Gerichtssaal-Korrespondent ist der Standpunkt der Staatsanwaltschaft in der Affäre Förster-Schulz, der, daß dem Auslieferungsbegehren Folge gegeben werden müsse, weil die Ermordung Erzbergers nicht als politisches Verbrechen anzusehen sei. Die Verhandlung des Auslieferungssenats soll heute vormittag unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

WTB **Altona** 30. Sept. Dem Polizeipräsidium zufolge sind in der Angelegenheit der nächtlichen Schießerei vom letzten Freitag zwei Mitglieder des Stahlhelmbundes der Ortsgruppe Hamburg so belastet, daß sie wegen des dringenden Verdachtes, durch Erschießung einen Beamten getötet und mehrere Personen verwundet zu haben, gestern ins Gerichtsgefängnis gebracht worden sind.

WTB **Berlin**, 30. Sept. Da die Abrüstungsfragen soweit sie sich auf die Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die Interalliierte **Militärkontrollkommission** laut Beschluß vom 30. September **aufgelöst.**

WTB **Elberfeld**, 30. Sept. Die **deutschdemokratische Partei** zur Regierungserweiterung.

Die deutschdemokratische Partei Elberfeld erhebt schärfsten Einspruch gegen die Aufnahme der deutschnationalen Volkspartei in die Regierung zwecks Herbeiführung des sogenannten Bürgerblocks. Die deutschnationale Volkspartei bekennt sich nicht zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen des heutigen Staates und hat alle für eine reale Außenpolitik notwendigen Maßnahmen auf das schärfste bekämpft. Ihre Mitwirkung in der Regierung würde eine Fortführung der bisherigen Außenpolitik unmöglich machen und die Wirkungen einer wahren Volksgemeinschaft hemmen.

Der „Frontbann".

() **München**, 1. Okt. Der Gründer des „Frontbann", Hauptmann Röhm, soll, wie der völkische Landtagsabgeordnete Straßer behauptet, „dem bayrischen Innenminister in echtmännlicher Offenheit" die Ziele und Organisation des „Frontbann" dargelegt haben. Zur Illustration werden halbamtlich einige Dokumente veröffentlicht, u. a. eine Verfügung des Oberkommandos des Frontbanns, aus der hervorgeht, daß über die Mitglieder die Vorzensur für Veröffentlichungen über den Frontbann verhängt wurde. Aus einem Brief aus München an einen der Verhafteten wird folgende Stelle bekanntgegeben:

„Nehmen wir den Innenminister Stützel und will nun noch zum Reichsinnenminister gehen. Ebenso sind Verhandlungen mit Seeckt im Gange, um die ganze Geschichte in aller Oeffentlichkeit aufziehen zu können, ohne Gefahr laufen zu müssen, die Geschichte mit dem ersten Aufruf, der in der Zeitung erscheint, verboten zu erhalten. Die Aussichten betreffs Gestattung sind nicht gerade schlecht, weil wir ja die ganze Sache als Abwehrmaßnahme gegen die Kommunisten hinstellen. Auch ist der Preisaufruf, den Schramm mit echt jesuitischer Verschlagenheit verfaßt hat, den Ludendorff exkortiert und genehmigt hat, so staatstreu abgefaßt, daß der Herr Innenminister ganz erstaunt war, daß er uns anscheinend so lange verkannt hat . . ."

In einem Schreiben an eine außerhalb Bayerns wohnende Persönlichkeit heißt es:

„Aber sonst hat man viel Aerger mit der Regierung und den übrigen Hochverrätern. Gestern war ich bei dem Herrn Innenminister und habe mich in empfehlende Erinnerung gebracht. Am Montag werde ich dem Herrn Ministerpräsidenten Grüß Gott sagen. . . . So hat man eben seine Sorgen um den „Frontbann". Nun setzte ich es aber doch durch, die Herren in Bayern werden staunen, wie staatstreu ich auf einmal geworden bin."

Die Durchführung des Dawesgutachtens.

WTB **Berlin**, 1. Okt. Im Reichswirtschaftsrat fand gestern die Gründung der Bank für die deutschen Industrieobligationen statt. Zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden ernannt: Staatssekretär Trendelenburg von Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Brall vom preußischen Handelsministerium, Generaldirektor Dörn, Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie, Professor Flechtheim, Rechtsanwalt Clemens Lammers und Bankier Paul von Schwabach. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt: Dr. Bernh. Oetzke und Dr. Ramhorst. An der Gründungsversammlung nahm der Treuhänder für die deutschen Industrieobligationen Wogarra und als Vertreter des Reparationsagenten Mister Robinson teil. Die Verhandlungen wurden vom Reichswirtschaftsminister Hamm mit einer Ansprache eingeleitet in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß durch ein verständnisvolles Zusammenwirken aller beteiligten Kreise die schwere Belastung noch Möglichkeit erträglich gemacht werde. Im Namen der Belasteten sprach sodann Professor Flechtheim.

WTB **Paris**, 1. Okt. Die französische Regierung hat, wie Havas berichtet, der deutschen Botschaft gestern die Antwort auf die deutsche Note betreffend die 26prozentige Exportabgabe überreichen lassen. Die französische Regierung bemerkt, daß diese Takte analog denjenigen seien, die von England erhoben werden, und **daß ihre Einführung** sogar durch den Dawesplan als Zahlungsmittel vorgesehen sei. Die französische Regierung erklärt weiter, dem deutschen Reiche werden durch diese finanziellen Maßnahmen keine neuen Lasten auferlegt. Sie habe nicht die Absicht, die Klauseln des Dawesplanes zu umgehen.

Preußischer Landtag.

VDZ. **Berlin**, 1. Oktober. (Radio). 340. Sitzung, mittags 12 Uhr

Abg. Husemann (Soz.) begründet zunächst eine große Anfrage der Sozialdemokraten über die **Betriebsstillegungen** und Massenentlassungen auf den Zechen des südlichen Ruhrgebietes. Bisher seien 13500 Bergarbeiter entlassen oder gekündigt. Man wolle die Arbeiter nötigen, eine **Entlohnung unter Tarif** einzugehen und daß die Arbeitszeit der unter Tage arbeitenden Bergarbeiter über die Achtstundenschicht hinaus verlängert werde. Durch ein Notgesetz müsse diese Willkür der Zechenbesitzer bekämpft werden.

Handelsminister Siering erklärt, die Staatsregierung habe die Behörden angewiesen, alles zu tun, um der Not zu steuern. Die **Absatzschwierigkeiten hätten die Betriebsstillegungen hervorgerufen.** Zweifellos sei aber schon eine Besserung der Wirtschaft zu verzeichnen. Auch der Kohlenabsatz beginne sich günstiger zu gestalten. Das von den Interessenten angeregte Berggesetz würde eine Enteignung bedeuten, aber die Stillegungen nicht verhindern.

Abg. Martin (DN.) bemerkt in der Aussprache der Interpellation, die Reichsbahnverwaltung müsse die Tarife ermäßigen und ihre hohen Anforderungen an die von ihr abzunehmenden Kohlen herabsetzen.

Handelsminister Siering betont, das Ministerium wirke ständig auf die Reichsbahnverwaltung im Sinne der Anregung des Vorredners ein. Wenn die Reichsbahnverwaltung ihre Anforderungen nicht schon herabgesetzt hätte, würden die Betriebsstillegungen noch weit größer sein.

Abg. Harich (Z.) wendet sich gegen das Vorgehen der Zechenbesitzer. Gegen die Schiedssprüche des Reichsarbeitsministeriums hege auch die christliche Bergarbeiterbewegung berechtigtes Mißtrauen. Die **Löhne der Ruhrbergleute seien zu niedrig.**

Abg. Pinkerneil (DVP.) erklärt, man scheine darauf hinauszugehen, künstlich eine Krisenstimmung zu erzeugen. Es seien Zechen stillgelegt worden, die 8 bis 10 Mann Belegschaft hätten, also gar nicht den Namen „Zeche" verdienten. Seien die Zechen technisch zurückgegangen, fehle Geld und Absatz, so bleibe

Kuchen ist billig

und doch von grossem Nährwert, wenn er nach

Dr. Oetkers Rezepten

gebacken wird. Man versuche

Apfelkuchen sehr fein

25 g Margarine a Pfd 0,60	M 0,15
25 g Zucker a Pfd 0,40	„ 0, 0
3 Eier a 0,12	„ 0,36
20 g Weizenmehl a Pfd. 0,20	„ 0,05
1 Päckchen von Dr. Oetker's Backin	„ 0,0
¼ ¼ Liter Milch a Liter 0,22	„ 0,05
750 g (1½ Pfd.) geschälte Aepfel	„ 0,3
	M ,12

Zubereitung. Butter und Zucker rührt man schaumig und fügt nach und nach das Eigelb das mit dem Backin gemischte Mehl und soviel kalte Milch hinzu, dass man einen glatten Teig bekommt. Zuletzt rührt man den Eierschnee unter die Masse und füllt diese in eine gefettete Springform, hierauf belegt man den Teig mit den geschälten und in 6 Stücke geschnittenen Aepfeln, bestreut ihn mit Zucker und bäckt ihn etwa ½ Stunde — An Stelle der Aepfel kann man auch mit durchschnittenen, entsteinten Zwetschen belegen

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vorgriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nährmittelfabrik, Bielefeld.

Henner wird's schon schaffen.

9) Ein heiterer Roman von **Friede Birkner.**

„Er hat es nie wieder gewagt?"

„Nein. — Laila wich von dem Tag an auch nicht mehr von mir, wenn er auf der Farm war."

„Haben Sie erst von dem Tage an Ihren Mann nicht mehr geliebt? — Ich bitte Sie, Frau Helga — nicht Neugier läßt mich fragen, bei Gott nicht. Sie ahnen — Sie wissen, was ich für Sie empfinde?!"

„Das, was Sie Liebe nennen, habe ich wohl nie für meinen Mann empfunden. Ein gewisses Gefühl der Bewunderung für sein Wissen und seine eiserne Willenskraft hegte ich für ihn. Und dann machten es ihm auch die **freudlosen Verhältnisse,** in denen ich lebte, leicht, **mich zur Annahme seiner Werbung** zu bestimmen."

„Sie gingen gern mit nach Süd-West?"

„Nein — ich habee mich namenlos gefürchtet vor dem Land. Und aus der Furcht wurde der Haß, als ich dort leben **mußte."**

„Sie haben sehr unter dem Klima gelitten?"

„Nicht das so sehr, als unter den Sitten, Gebräuchen, unter der Einsamkeit. **Denken Sie doch — meilenweit** mußte man reiten, um auf einen gebildeten Europäer zu treffen. Denn mit den Bastards, die schlimmer sind als die Hereos, konnte man nicht leben. War mein Mann auf Reisen, so war ich für Monate nur auf mich angewiesen und hatte keinen anderen Schutz als die hündische Treue Eisibs und Lailas."

„Das muß ja für eine kluge und fein empfindende Frau ein wahres Höllendasein gewesen sein! Wie kann man eine Frau wie Sie dorthin verpflanzen? Das war ein Verbrechen!" Georg stand auf und ging unruhig und nervös einigemal auf und nieder. In seiner Erregung merkte er nicht, daß seine Zigarre ausgegangen war, sah nicht den ängstlich fragenden Blick Helgas. Eine tiefe Stille lag zwischen ihnen, in der sie sich beide doch so unendlich viel verrieten.

Helga richtete sich jetzt auf aus ihrer gebeugten Haltung und sagte leise:

„Herr Doktor — ich bitte Sie, wir wollten doch von gleichgültigen Dingen sprechen!"

„Verzeihen Sie — die Erregung ging mit mir durch," sagte Georg und ergriff ihre Hand, „jetzt wollen wir aber wirklich von gleichgültigen Dingen sprechen! — Also an die Ostsee wollen Sie noch fahren? Ich hatte die Absicht, mit Henner eine Fahrt durch Oberbayern zu machen. Wir wollen uns bei dieser Gelegenheit die bayerischen Königsschlösser ansehen. Henner kennt England bald besser als sein liebes Vaterland."

„Ihr Herr Bruder war schon öfter in England?"

„Henner war zwei Jahre bei meinem Schwager, so gewissermaßen als kaufmännischer Lehrling. Und ich muß meinem Schwager das Zeugnis ausstellen, daß er einen tüchtigen Kaufmann aus Henner gemacht hat."

Im selben Augenblicke hörte man Lailas Stimme durch das Haus klingen, die immer näher kam. Jetzt stürzte sie auf die Veranda und lag auch schon vor Helga am Boden und umklammerte ihre Knie.

„Laila, was soll das? Was ist dir? Du bist ja ganz außer dir?"

„Missis — allmächtiger Gott, es kann ja nicht sein — es darf ja nicht sein," wimmerte Laila auf.

„Das Kind — Laila, was ist mit dem Kind," schrie Helga auf und wollte davon stürzen, doch Laila hielt sie fest.

„Das Kind — Elschen, ist in Sicherheit! Aber da draußen — da steht — —"

„Laila, so rede doch endlich! Wer steht denn da draußen?"

„Herr Herr, Missis!"

„Wer?! —" schrie Helga auf.

„Der Herr."

„Mein Mann?!"

„Ja, Missis — so unglaublich es ist. Da — da ist er!"

Im Rahmen der Tür stand ein großer Mensch, dessen derbe, knochige Figur in einem Anzug, gemischt aus Farmertracht und Uniform, steckte. Auf den breiten Schultern saß ein Kopf mit dichtem, vollem Haar. Wer das Gesicht einmal gesehen hatte, konnte es nie wieder vergessen. Die wuchtige Stirn baute sich weit vor über den tiefliegenden Augen, die einen drohenden, stechenden Blick hatten. Der große schmallippige Mund war fest aufeinander gepreßt zu einem schmalen Strich. Dadurch trat das unbeugsamen Willen und Energie verratende Kinn noch stärker hervor. Unbeweglich stand er in der Tür und sah die drei Menschen, die ihn entsetzt anstarrten, prüfend und lauernd einen nach dem anderen an.

Helga schwankte mit abwehrend ausgestreckten Händen einen Schritt zurück. Wäre Georg, der seinen Blick nicht von ihr gelassen hatte, nicht hinzugesprungen und hätte sie in seinen Armen aufgefangen, so wäre sie lautlos zu Boden gesunken; denn eine tiefe Ohnmacht legte sich wohltuend auf ihre aufgepeitschten Nerven.

Klaus Olf rührte keinen Finger. Nur ein wenig zog er den einen Mundwinkel in die Höhe und sagte ironisch:

„Mir scheint — ich bin nicht sonderlich genehm hier. Die Begrüßung ist zu herzlich."

Georg, der Helga in einen bequemen Sessel gelegt hatte, sah bei diesen Worten auf und blickte fest in die stechenden Augen seines Gegenübers. Und dieser erste Blick sagte den beiden Männern, daß sie sich haßten — bis aufs Blut — und einer nach der Vernichtung des anderen trachtete, ganz gleich, ob er selbst dabei zugrunde ging. Himmelweit, gingen die Gründe dieses abgrundtiefen Hasses auseinander. Klaus Olf hatte den Vorteil, daß er sofort fühlte, warum ihm Georg so haßerfüllt entgegentrat — er fühlte, daß dieser Helga liebte. Und das Wissen gab ihm die Ueberlegenheit, die er ausnutzen wollte.

Nachlässig warf er seinen alten Hut auf den Tisch und trat zu Helga, die unter Lailas Bemühungen die Augen aufschlug und sich mühsam erhob. Er reichte ihr die Hand, in einer betonten Art, die Biederkeit und Treuherzigkeit zeigen sollte.

„Na, liebe Frau, so hat dich der lebende Leichnam erschreckt? Das hattest du wohl nicht geglaubt, daß ich eines Tages wieder vor dir stehen würde? — Na, tröste dich — ich hätt's auch nicht gedacht!"

Helga zog ihre Hand aus der seinen und sagte leise und stockend:

„Klaus — du — du mußt mir verzeihen. — ich kann es ja noch nicht glauben, daß du lebend und wohlbehalten vor mir stehst."

„Jedenfalls ist die Entdeckung nicht sonderlich erfreulich für dich. Nun, alles andere später! — Bitte, stelle mich dem Herrn vor." Höhnisch sah er in Georgs Augen, die stahlhart und haßerfüllt den seinen begegneten.

Mühsam riß Helga sich zusammen Heiser und unmelodisch klang ihre sonst so weiche Stimme.

„Herr Dr. Altmann — mein Mann Klaus Olf."

Stumm verneigten sich die Herren.

„Und wer ist diese schwarze Bestie da, die mich so unentwegt anstarrt?"

„Aber, Klaus — das ist doch Laila! Eisib ist auch hier."

„Ach so — ja, stimmt ja! Weißt du, wenn man so viel durchgemacht hat wie ich, dann vergißt man schon mal so ein dummes Hottentottengesicht."

„Hast du viel aushalten müssen, Klaus?" fragte Helga heiser, ein quälendes Gefühl des Fremdseins gegen den Totgeglaubten niederzwingend.

„Ich danke, es langt — aber das berichte ich dir, wenn wir allein sind." Bei dem letzten Wort sah er Georg auffordernd mit seinem stechenden Blick an, so daß diesem das Blut in die Wangen trat und die Adern an den Schläfen dick heraustraten. Dann ging er kurz entschlossen auf Helga zu, faßte ihre zitternde Hand und drückte sie stark und ermutigend in der seinen.

„Gestatten Sie, gnädige Frau, daß ich mich jetzt empfehle! Ich gehe gleich zum Tennisplatz und nehme meine Geschwister mit, damit Sie ungestört bleiben."

„Aha — es sind noch mehr Gäste da? Na, du scheinst ja in der Trauer um deinen Mann nicht schlecht gelebt zu haben," lachte Klaus häßlich auf.

Helga ging auf diesen Vorwurf nicht ein und sagte zu Georg:

(Fortsetzung folgt.)

nichts anderes übrig, als Stillegung. Alle großen Zechen, die zu Stillegungen und Entlassungen geschritten seien, hätten tausende von Tonnen Kohlen auf den Halden liegen. Millionen blieben unbenutzt. Unrichtig sei die Behauptung, man wolle nur die Löhne drücken und die Arbeitszeit verlängern. Die Arbeitszeit müsse solang sein, wie das deutsche Wirtschaftsleben es erfordere und die Gesundheit der Arbeiter es zulasse. Man muß über die Vorkriegsarbeitszeit hinausgehen sonst sei eine Wirtschaftsführung in Westfalen nicht möglich. (Zurufe bei den Soz. und aus dem Zentrum.)

Abg. Sabotka (K). bezeichnet die Angabe der Zechenunternehmer über die Unrentabilität der Betriebe als falsch. Ehe die Betriebsräte diese Angabe nicht kontrollieren könnten, sei ihnen kein Wert beizumessen.

Abg. Limbert (S.) wendet sich unter großem Lärm gegen die Kommunisten, die mit ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften nur die Geschäfte der Unternehmer besorgten. In den Betrieben mit kommunistischer Belegschaft würden die meisten Ueberschichten gemacht.

Ein Vertreter der Bergbauverwaltung sagt Notstandsarbeiten für die entlassenen Bergleute zu.

Abg. Hartmann (D). übt Kritik an der Personalpolitik der Reichsbahn und verlangt die Wiederherstellung der Schaffung bisheriger Kreditmöglichkeiten die das beste Mittel für die Behebung der Absatzkrisis und damit auch der Betriebsstillegungen seien. Nicht jede Stillegung sei wirtschaftlich ungerechtfertigt. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß die entlassenen Bergarbeiter eine neue Existenz finden.

Abg. Fries (Soz.) bedauert, daß die Reichsbahn nach ihrer Umstellung in eine unabhängige Gesellschaft alle früheren Erleichterungen aufgegeben hat. Die ermäßigten Sondertarife für Erze und Brennstoffe müßten wieder eingeführt werden.

Abg. Schönbeck (K). bezeichnet die Regierungserklärungen als durchaus unbefriedigend und fordert die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe auf.

Abg. Harsch (Z). weist die Angriffe des Abg. Sabotka gegen die Bergbauverwaltung zurück.

Damit schließt die Aussprache. Die Angelegenheit wird dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Abg. Dr. Kapp (DVP). begründet folgenden von seiner Partei und dem Zentrum beantragten Gesetzentwurf. Die durch die preußische Regierung am 13. und 30. 9. 24 angeordnete Beschlagnahme der zum Vermögen des vormaligen preußischen Königshauses gehörenden Gegenstände werde soweit aufgehoben, als diese Gegenstände durch rechtskräftige Urteile oder durch Anerkennung der preußischen Staatsregierung des vormaligen Königshauses, oder seiner Mitglieder gehörig festgestellt und freigegeben worden sind. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Der Redner beantragt die Vorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Berndt (Dem.) beantragt die Ueberweisung an den Verfassungsausschuß. Es handelt sich hier nicht nur um eine Rechtsfrage, sondern um eine hochpolitische Frage.

Abg. Herold (Z.) verlangt dagegen die Beratung im Rechtsausschuß. Die Antragsteller betrachten die Angelegenheit als eine reine Rechtsfrage.

Abg. Meyer (S). behält sich die sachliche Stellungnahme seiner Freunde zu dem Antrag bis nach der Ausschußberatung vor. Die Vertreter der Hohenzollern hätten bei dem letzten Vergleichsvorschlag jede Rücksicht auf das Allgemeinwohl vermissen lassen. Der Antrag gehört in den Verfassungsausschuß.

Abg. Seelmann (DN.) streitet die Tatsache, daß die beiden Regierungsparteien diesen Antrag stellen müßten, als ein Zeichen des heutigen Zustandes. Die Art, wie die Regierung Gerichtsurteile sabotiert, sei zum Skandal geworden. Der Antrag müßte ohne Aussprache angenommen werden. Wenn die sofortige Annahme nicht möglich ist, dann müßte der vorliegende Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen werden.

Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Einzelberatung des landwirtschaftlichen Etats und kleinere Vorlagen.

Von Rhein und Ruhr.

WTB Essen, 30. Sept. Die Lieferung deutscher Brennstoffe nach Frankreich und Luxemburg in der Zeit vom 7.—13. September betrug, wie die Deutsche Bergwerkszeitung berichtet, nach französischen Quellen insgesamt 207200 Tonnen, und zwar Kohle 109000 Tonnen, Koks 99000, Braunkohlenbriketts 7000 Tonnen. Nicht enthalten in diesen Ziffern sind die auf Reparationskonto an die Verteilungsstelle der französischen Schwerindustrie (Orea) gelieferten Hüttenkoks für die die Zahl für die 24 ersten Tage des Monats September vorliegt, nämlich 219000 Tonnen, das heißt im Tagesdurchschnitt etwas über 9100 Tonnen, was — gemäß dem Wunsch der Ruhrlieger selbst — dem Vormonat entspricht. Ferner erhielt Belgien in der Zeit vom 1.—20. September insgesamt 277904 Tonnen deutscher Brennstoffe, und zwar Gaskohle 30 000, Gasflammkohle 20775, Kokskohle 102585, Industriekohle 7870, Hausbrandkohle 9281, Hüttenkoks 34034, Braunkohlenbriketts 4017 Tonnen. (Die Wiedergutmachungslieferungen an Belgien dürften sich im Monat September auf etwa 370 000 Tonnen gegen 405000 Tonnen im Monat August belaufen.

WTB Paris, 30. Sept. Wie aus Koblenz gemeldet wird, hat die Rheinlandskommission nunmehr in der französischen Besetzungszone die Zahl der Ausgewiesenen auf 55 herabgesetzt und die Zahl der nicht wieder zugelassenen Beamten auf 125. Diese Ziffern werden demnächst noch verringert werden. Am 21. Oktober würden automatisch alle deutschen Zoll- und Postbeamten wieder in ihr Amt eintreten.

WTB Koblenz, 1. Okt. Die Zahl der noch ausgewiesenen Beamten und Privatpersonen ist mit dem heutigen Tage für das von den Franzosen besetzte Gebiet auf 55 zurückgegangen. Andererseits ist die Zahl der nicht zu ihren Aemtern wieder zugelassenen Beamten auf 125 herabgesetzt worden. Die Zahl wird demnächst noch vermindert werden. Die deutsche Abordnung hat der Rheinlandkommission alle Wiedereinstellungslisten für gewisse Behörden vorgelegt. Ferner werden am 21. Oktober mit dem Uebergang der interalliierten Dienststellen an die deutschen Behörden die Zoll- und Paßbeamten automatisch in ihre Dienststellen wieder einrücken.

WTB Berlin, 1. Okt. Die Vossische Zeitung berichtet aus Düsseldorf, daß auf Antrag der Düsseldorfer Stadtverwaltung die Besatzungsbehörde angeordnet habe, daß die Kontrolle aller Briefe der Verwaltung eingestellt würde.

Ausland.

WTB Paris, 1. Okt. Der Temps beschäftigt sich mit der letzten Rede von Dr. Stresemann. Die Freunde Stresemanns sprachen einstimmig von der Notwendigkeit, das Londoner Abkommen zu Gunsten Deutschlands zu verbessern, so wie die Nationalisten von der Notwendigkeit sprachen, es zu revidieren. Die grundlegende Haltung Deutschlands in der Außenpolitik bestehe in einer Offensive gegen den Vertrag von Versailles. Die Reaktionären forderten gebieterisch die Revision dieses Vertrages, die Gemäßigten hielten sie für notwendig, die anderen begnügten sich für den Augenblick damit, sie zu erhoffen. Selbst die Sozialdemokraten hätten ihren Einfluß in der Internationale darauf verwendet, um die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder für den Gedanken einer vollkommeneren Umgestaltung zu gewinnen. Hierbei hätten sie Erfolg gehabt. Reden, wie die des Reichsaußenministers, rechtfertigten jedes Mißtrauen.

Die Ere Nouvelle erklärt, Stresemann gehöre einer Partei an, die niemals ernstlich die Einigung gewollt habe. Sie sei während des Krieges Anhängerin des Krieges bis zum bitteren Ende gewesen. Sie habe im September vorigen Jahres die Karte der Annäherung gespielt, aber heute glaube sie, daß die Umstände weniger gebieterisch seien. Deshalb kehre sie den alten Standpunkt wieder hervor. Man dürfe die Worte Stresemanns weder über- noch unterschätzen, denn er sei nicht die deutsche Regierung. Er habe nicht das Recht, ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Reichskanzler Marx habe sein Wort noch zu sprechen. Ihm allein stehe es zu, Herriot zu antworten.

WTB Paris, 1. Okt. Victor Margueritte setzt im Peuple seinen Feldzug in der Kriegsschuldfrage fort: Er schreibt, der Deutsche Kanzler, wie alle seine Vorgänger, erkläre, daß das einseitige Schuldbekenntnis Deutschland mit Gewalt entrissen worden sei. Das Reich erkenne den deutschen Imperialismus und den preußischen Militärismus als einen Teil der Kriegsverantwortlichkeit an, aber als einen gleich großen Teil der Verantwortung, wie ihn der russische Imperialismus und der französische Chauvinismus zu tragen hätten. Die deutschen Historiker und das deutsche Volk erklärten, man könne nur, nachdem diese Wahrheit festgestellt sei, in den Völkerbund eintreten. Dort wollen sie, den Kopf hoch und ohne eine ungerechte Demütigung und einen geheimen Revanchegedanken im Herzen leben können. Im übrigen aber unterwürfen sie sich den gerechten Reparationsforderungen. Margueritte fährt alsdann fort: Versuchen wir doch gerecht und logisch zu sein. Daß Wilhelm 2. ungestraft geblieben ist, erklärt sich daraus, daß seine Richter kein ruhiges Gewissen haben, weil sie wissen, daß der Kaiser und sein Kanzler nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers sich bemühten, den Frieden zu erhalten und das kriegerische Oesterreich im Zaume zu halten. Der Beweis ist historisch unanfechtbar erbracht, daß die, die wirklich den Krieg gewollt und ihn effektiv entfesselt haben, sind: Der schwache Zar und der wilde Poincare.

WTB London, 1. Okt. Observer meldet aus Genf: Deutschlands Beschluß, Schritte zu tun, um dem Völkerbund beizutreten, nahm hier das Hauptinteresse in Anspruch. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß der Wunsch der deutschen Regierung, dem Verbande beizutreten, wirklich aufrichtig sei. Die augenblicklichen deutsch-französischen und deutsch-englischen Verhandlungen, mit dem Ziele eines Abschlusses von Handelsverträgen, zeigen, das sich die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands und die übrigen Teile Europas zusammenfinden wollen. In einem Leitartikel schreibt Observer, Deutschland habe den ersten Schritt in der Richtung einer Aufnahme in den Völkerbund unternommen. Die Unvollständigkeit sei für Deutschland nicht weniger ein Unglück als für die anderen. Deutschland sei jedoch nicht in der Lage andere Bedingungen vorzuschlagen, als die seiner Gleichberechtigung als Großmacht.

WTB Paris, 1. Okt. Der Matin glaubt zu wissen, daß in französisch Marokko zum Schutze der Nordgrenze und der Westzone eine mobile Truppe von 2000 Mann baldigst geschaffen werden soll, um ein Uebergreifen des Aufstandes der Riffstämme von Spanisch-Marokko nach französisch-Marokko zu verhindern.

WTB London, 1. Okt. Daily Herald berichtet aus Schanghai, der Bürgerkrieg zwischen den Militärgouverneurs der Provinzen Kiangsu und Tschekiang habe sich zu einer allgemeinen gegen Schanghai gerichteten Offensive entwickelt. Nach heftigen Artillerievorbereitungen sei bisher der heftigste Angriff des Krieges am Sonntag etwa 20 Meilen außerhalb der Mauern der Stadt unternommen worden. Keine der beiden Seiten habe merkliche Vorteile errungen.

WTB London, 1. Okt. Daily Mail meldet weiter aus Schanghai, die Verteidiger Schanghais haben dadurch daß sie den gefährdeten Bogen abgekürzt haben, die Gefahr eines unmittelbaren Durchbruches abgewendet. 400 Verwundete sind in Schanghai eingetroffen, weitere Verwundete werden erwartet. Es wird mitgeteilt, daß Tschangsolin 50 000 Pfund für die Gefangennahme Tsau Kuns, des Präsidenten von China oder Wu Pei Fus und 15 000 Pfund für ihre Köpfe ausgesetzt.

WTB Schanghai, 1. Okt. Bei den Kämpfen um Schanghai, auf der 6 Meilen langen Front von Niangsang bis Mulu sind Hunderte von Soldaten der kämpfenden Parteien getötet und viele verwundet worden. Die Kämpfe werden fortgeführt.

WTB Prag, 1. Okt. Ein unabhängiges Blatt veröffentlicht eine Unterredung mit Radilsch, der u. a. erklärte, ich bin für eine wirtschaftliche Donau-Föderation. Der Balkan gehört den Slaven! Jeder fremde Einfluß, besonders der italienische, muß dort verdrängt werden. Dem Gedanken einer politischen Donau-Föderation schließe ich mich an, da die Interessen der Donau-Nationen miteinander verbunden sind. In der Regierung werde ich gegen Rumänien Stellung nehmen. Die mir vom König angebotene Ministerpräsidentschaft habe ich abgelehnt, aber mit meiner Partei werde ich in die Regierung eintreten und die gegenwärtige Regierung unterstützen

WTB Paris, 1. Okt. Havas veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung über die Lage in Marokko: Die spanischen Abteilungen setzten ihren Vormarsch in Richtung auf Schechauen fort und haben den feindlichen Widerstand gebrochen. Alle für gestern gesteckten Ziele sind erreicht worden. Die spanischen Verluste sind gering und berühren in der Hauptsache die Eingeborenen-Truppen.

WTB Paris, 1. Okt. Wie der Matin mitteilt, wird der Haushalt für 1925, den der Finanzminister Clementel heute dem Finanzausschuß der Kammer vorlegen wird, sich auf rund 32einhalb Milliarden Franc belaufen. In dieser Summe sind alle Ausgaben für das Jahr 1925 einschließlich des Zinsendienstes für die letzte Anleihe, sowie der Betrag von 1 Milliarde für den Wiederaufbau enthalten. Der letzte Betrag soll dem Zinsendienst einer Anleihe dienen, die noch aufgelegt werden soll. Um den Haushalt auszugleichen, habe der Finanzminister große Schwierigkeiten überwinden müssen. Das Defizit habe einen Augenblick 6 Milliarden Franc betragen, was man dadurch habe beseitigen können, daß man einen Mehrertrag an Steuern eingesetzt habe von 2 Milliarden und einen Abstrich an den Ausgaben von ebenfalls 2 Milliarden vornahm, sowie schließlich eine Abänderung der Steuerquellen ins Auge faßte, deren Ertrag ebenfalls auf 2 Milliarden berechnet worden ist. Außerdem ist eine neue Besteuerung der Einkünfte gewisser freier Berufe vorgesehen. Eine besonders hohe Besteuerung des Wertzuwachses bei Immobilien aller großen Unternehmungen ist gleichfalls vorgesehen. Man spricht von einer 65-prozentigen Abgabe vom Mehrwert, der seit dem Kriege einen ungeheuren Umfang angenommen hat. Eine Abgabe für Banken und Versicherungsgesellschaften soll eingeführt werden. In den Haushalt wird zum ersten Male der Betrag von 800 Millionen Franc an Wiederherstellungszahlungen eingesetzt, den man auf Grund des Dawesplanes von Deutschland erwartet.

WTB Wien, 1. Okt. In der gestrigen Vollsitzung des Nationalrates begrüßte Präsident Niklas den erstmalig wieder erschienenen Bundeskanzler Dr. Seipel in herzlichen Worten und beglückwünschte ihn zur glücklichen Rettung aus der Lebensgefahr und zur vollen Genesung. Nach dem Danke an den Präsidenten für die Glückwünsche erstattete Seipel Bericht über Genf. Er wiederholte im wesentlichen die bereits im Hauptausschuß abgegebene Erklärung und fügte noch einige Ergänzungsworte über die Handelsverträge und die Abrüstungskontrolle hinzu. In der Besprechung zur weiteren Durchführung des Sanierungsprogramms auf Grund der neuen Genfer Vereinbarung unterstrich Seipel besonders die mehrfache Anerkennung des Finanzkomitees und daß Oesterreich im großen und ganzen die Krise überwunden habe. Zu der Angelegenheit der Depositenbank bemerkte Seipel u. a. es wäre verkehrt die letzten Ereignisse als ein Wiedererstehen der Finanzkrise des Frühjahres zu deuten; vielmehr handele es sich nur um Ausläufer der längst überwundenen Krise.

Vom Völkerbund.

WTB London, 30. Sept. In einem Leitartikel schreiben die Times, die Unterbreitung des deutschen Memorandums stelle einen neuen Schritt in der allmählichen Annäherung Deutschlands an den Völkerbund dar. Es sei klar, daß keines der größeren Ziele der Völkerbundstagungen ohne die willige Zustimmung und aktive Mitwirkung Deutschlands vollendet werden könne. Die Haltung der deutschen Regierung sei natürlich vorsichtig. Deutschland könne nicht umhin, zu erwägen, daß die neuen Verpflichtungen, die es in Genf eingehen würde es zwängen, die politischen Durchkreuzungen, die es bisher verfolgt habe, aufzugeben. Times erklären, die augenblickliche deutsche Regierung beabsichtige, wie klar ersichtlich sei, die im Völkerbund vorgesehene Gelegenheit für eine neue friedliche Zusammenarbeit mit den zivilisierten Mächten auszunützen. Es sei gar nicht schlecht, daß die deutsche Anfrage zu einer Ueberlegungspause führt denn, obgleich es in jeder Hinsicht wünschenswert sei, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde mit vollen Rechten und Verantwortlichkeiten, so müßten doch die großen Veränderungen, die seinen Eintritt in die europäische Politik bewirken würden, im voraus sorgfältig erwogen werden.

Kirchliches.

WTB Rom, 1. Okt. Der Papst hat Monsignore Matthias Ehrenbrieb zum Bischof von Würzburg ernannt.

Eine Antwort Herriots an die Kardinäle durch die Tat.

WTB Paris, 1. Okt. Der französische Unterrichtsminister hat gestern sämtlichen Schulbehörden den Auftrag erteilt, die Einführung der Einheitsschule vorzubereiten.

Kommunalpolitisches.

Essen, 1. Okt. In einer Vollversammlung von Industrie- und Handelskammer des rhein.-westf. Industriegebiet wurde folgende

Entschließung

angenommen, in der u. a. ausgeführt wird:

Die Möglichkeit, die Wirtschaft des Westens wieder in Gang zu bringen, sei nur gegeben, wenn die auf ihr ruhenden öffentlichen Lasten wesentlich vermindert würden, wozu es in erster Linie einer wirksamen Beschränkung der Gewerbesteuerbelastung bedürfe. Die Versammlung begrüße deshalb die Absicht der preußischen Regierung, einen Ausgleich zu Gunsten schlechtergestellter Gemeinden bzgl. der Ueberweisungen aus der Reichseinkommensteuer zu schaffen und auch im besetzten Gebiet die Wirkungen der Abbauverordnung und des Sperrgesetzes herbeizuführen. Sie richtet aber auch an die ganzen Gemeinden das dringende Ersuchen, angesichts der Solidarität der Lebensinteressen von Gemeinden und Wirtschaft der schwierigen Lage der bedrängten Wirtschaft Rechnung zu tragen. Die Gemeinden müßten erkennen, daß die heutige Ueberlastung der Betriebe nicht bestehen bleiben könne. Die Wirtschaft erwartet daher, daß alles getan werde, was zur Einschränkung der Gemeinden möglich sei.

Die Versammlung erklärte sich dann noch einmütig gegen den Vorschlag einer Ersetzung der Umsatzsteuer durch eine Einzelhandelssteuer.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Zahlung der Rentenbankzinsen zum 1. Oktober 1924.

„" **Olpe,** 2. Okt. Vom Finanzamt Olpe wird uns mitgeteilt: Das Gesetz über die Liquidierung des Umsatzes an Rentenbankforderungen vom 30. August 1924 sieht den Fortfall der Belastung der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe einschließlich der Banken vor. Die Unternehmer sind indessen verpflichtet, die bis zum Inkrafttreten dieser Vorschrift aufgelaufenen Zinsen für die Umlage an die Deutsche Rentenbank abzuführen.

Die Belastung der dauernd land-, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke bleibt zwecks Liquidation der Rentenbankscheine auch weiterhin bestehen. Sie ändert sich aber in der Weise, daß die Höhe der Grundschulden auf 5 v. H. des Wehrbeitragswertes bei einem Zinssatz von 5 v. H. festgesetzt wird und daß als Wehrbeitragswert der auf Grund der gegenwärtigen Vermögensteuerveranlagung berichtigte Wehrbeitragswert gilt.

Die Vorschriften über die Belastung der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Gärtnereien werden mit Wirkung vom 1. April 1924 in Kraft gesetzt.

Die Eigentümer der dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke würden nach dem Vorstehenden zum 1. Oktober Zinsen in der Höhe zu entrichten haben, die sich aus den berichtigten Wehrbeitragswerten ergeben würde. Da die Berichtigung der Wehrbeitragswerte noch nicht überall durchgeführt ist, hat der Reichsminister der Finanzen bestimmt, daß zur Vermeidung umfangreicher Erstattungen von der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und den Gärtnereien einstweilen zum 1. Oktober 1924 nur die auf volle Goldmark nach unten abgerundete Hälfte der aus den Bescheiden über die Rentenbankgrundschulden sich ergebenden Halbjahreszinsen zu zahlen sind. Der Ausgleich, der in den meisten Fällen in einer gewissen Nachzahlung bestehen wird, wird erst nach Beendigung der Vermögensteuerveranlagung vorgenommen werden.

Die Befreiung von der Zinspflichtung wird bei Industrie, Handel und Gewerbe für die vom 1. Oktober 1924 ab laufenden Zinsen wirksam. Hieraus ergibt sich, daß die industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe einschließlich der Banken die am 1. Oktober für das vergangene Halbjahr zu zahlenden Zinsen noch zu entrichten haben. Diese Zahlung ist die letzte, die von diesen Wirtschaftszweigen für die Rentenbank zu leisten ist.

Gemäß telegraphischer Anweisung des Herrn Reichsministers der Finanzen sind die am 1. Oktober fälligen Rentenbankzinsen von Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich Banken nur zur Hälfte zu erheben; die zweite Hälfte dieser Halbjahreszinsen ist bis zum 15. Januar 1925 zu bezahlen.

Alle Personen, denen bisher Rentenbankbescheide zugestellt worden sind, müssen die Oktoberzinsen gemäß dem Vorstehenden rechtzeitig entrichten.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnereien haben also die Hälfte der Halbjahreszinsen zu zahlen, Industrie Handel und Gewerbe ebenfalls zunächst die Hälfte der Halbjahreszinsen, während letztere Wirtschaftszweige die andere Hälfte am 15. Januar 1925 zu zahlen haben.

Besondere Zahlungsaufforderungen werden nicht mehr ergehen.

Das Finanzamt wird vom 8. Oktober ab örtliche Hebetermine abhalten, die noch bekannt gegeben werden.

:: Olpe, 2. Okt. **Ueberbrückung der Sicherungen bei elektrischen Licht- und Kraftanlagen.** Noch immer herrscht in vielen Kreisen die leidige Unsitte, durchgeschlagene Sicherungen durch Ueberbrückung mit Draht oder Stanniol weiterhin gebrauchsfähig zu erhalten. Wenn auch die Elektrizitätswerke die nicht zulässigen Ueberbrückungen ahnden, so gibt es doch noch Verschernungsnehmer, die aus verselbter Sparsamkeit diese gefährlichen Ueberbrückungen vornehmen. Es kann hiervon nicht dringend genug gewarnt werden, weil immer eine erhöhte Brandgefahr entsteht.

!! Olpe, 2. Okt. **Eine Milliarde neuer Münzen.** Ueber eine Milliarde der neuen Münzen ist jetzt geprägt. Bis Ende August betrug deren Zahl 985 887 573 Am August hatten 135 059 247 neue Stücke die Münzen verlassen. Die zu 1 Milliarde fehlenden 15 Millionen sind inzwischen längst geprägt. Es dürften jetzt etwa 1000 Millionen fertiggestellt sein. Die Silbermünzen vermehrten sich im August auf 107einviertel Millionen. Insbesondere gab es über 22einhalb Millionen neue Stücke zu 1 Mark. Von den Rentenpfennigmünzen wurden am meisten zu 10 Pfg. mit über 49einhalb Millionen geprägt, zu 5 Pfg. über 30 Millionen, zu 50 Pfg. über 14einhalb, zu 2 Pfg. über 9einhalb, zu 1 Pfg. über 7 Millionen. Auch die Gesamtprägung bis jetzt ist am größten bei den Stücken zu 10 Pfg. mit fast 250 Millionen, dann zu 5 Pfg. mit 205 Millionen, zu 50 Pfg. mit 194, zu 2 Pfg. mit fast 119 und zu 1 Pfg. mit 101einhalb Millionen Stück. Im ganzen gibt es 878einhalb Millionen Rentenmünzen. Ihr Wert ist 1858 Millionen M. Er wird bereits von dem der Silbermünzen mit 178,2 Millionen übertroffen. Der gesamte Münzbestand hat einen Nennwert von 310 Millionen.

!! Olpe, 2. Okt. Am Sonntag, dem 19. Oktober wird der Männergesangverein Cäcilia Attendorn im Saale des Gasthofs zum Schwanen ein Konzert veranstalten. Die Cäcilia wird unter anderm folgende Chöre zum Vortrag bringen: Totentanz von Neumann, Volk von Hens Heinrichs, Blütenfee von Hegar, Rudolf von Werdenberg von Hegar. Bei dem Totentanz handelt es sich um einen der schwersten Männerchöre, die bis jetzt erschienen sind. Der Text stammt von Goethe.

!0! **Oberveischede,** 2. Okt. Ein tragischer Unfall ereignete sich dieser Tage hier. Der Landwirt F. führte ein Pferd, um es vor einen Wagen zu spannen. Das Tier wurde störrisch, hob sich auf die Vorderfüße und ließ sich fallen. Hierbei kam der Landwirt mit einem Beine unter das Pferd. Das Gewicht des Pferdes führte einen Oberschenkelbruch herbei.

Letzte Telegramme.

WTB Paris, 1. Oktober. Die 26prozentige Abgabe vom Wert der deutschen Einfuhr in Frankreich tritt heute in Kraft. Journal Offiziell veröffentlicht heute vormittag eine Entscheidung des Finanzministers, wonach für die Berechnung der Abgabe ein Dollarkurs von 4,20 zugrunde gelegt wird.

WTB Berlin, 2. Okt. (Drahtb.) Der Reichskanzler erklärte einem Redaktionsmitglied, der Germania, daß er die Erweiterung der Regierungskoalition unter Zusammenfassung aller nationaler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kräfte durchzuführen beabsichtige Er sei entschlossen, sich sowohl mit den Sozialdemokraten als auch mit der deutschnationalen Partei in Verbindung zu setzen, um von ihnen zu erfahren, ob sie entschlossen seien, die Lösung wichtiger, in den kommenden Monaten zu erledigenden Aufgaben gemeinsam mit den bisherigen Koalitionsparteien durch tätige Mithilfe in der Regierung mit durchzuführen. Der Kanzler wies darauf hin, daß ohne die entscheidende Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion es nicht möglich gewesen wäre, durch die der Regierung gegebene Ermächtigung auf dem Verord-

mungswege Deutschland vor dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos zu bewahren. Andererseits läge es aber auch im dringend vaterländischen Interesse, daß die starken nationalen und wirtschaftlichen Kräfte, die in der deutschnationalen Volkspartei geborgen seien, für die positiven Regierungsarbeiten fruchtbar gemacht werden. Eine andere Art der Volksgemeinschaft sei, wie der Kanzler erklärte, für ihn nicht denkbar.

WTB Berlin, 1. Okt. Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß der Reichskanzler die Parteiführer der Deutschnationalen heute morgen empfangen werde, unrichtig. Der Reichskanzler wird morgen die Parteiführer der Regierungsparteien empfangen und in den nächsten Tagen die Parteiführer der Sozialdemokraten und Deutschnationalen.

WTB Berlin, 2. Okt. (Drahtb.) Die in einem Berliner Abendblatt aufgetauchte Nachricht daß etwa 80 Prozent der diesjährigen Getreideernte verdorben seien, wird von der Vossischen Zeitung nach Erkundigungen von unterrichteter Stelle als übertrieben bezeichnet. Leider sei es jedoch Tatsache, daß die diesjährige Ernte kaum die Hälfte der vorigen betragen wird. Die Lage sei schwierig. Man zog bereits im Ernste die Wiedereinführung der Brotkarte in Erwägung. Ausländische Getreideaufkäufe in großem Umfang sollten notwendig werden. Sollten sich diese Aufkäufe glatt bewerkstelligen lassen, dürfte die Wiedereinführung der Brotkarte nicht notwendig sein.

WTB Paris, 2. Okt. (Drahtb.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden heute nachmittag um 3 Uhr in einer Sitzung im Ehrensaal des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten eröffnet. Botschafter von Hoesch stellte Herriot, der die Sitzung leitete, die deutsche Delegation, vor worauf französischerseits die Delegation durch den französischen Ministerpräsidenten vorgestellt wurde. Herriot begrüßte die deutsche Delegation und erklärte in einer Ansprache, daß er die jetzt beginnenden Verhandlungen als eine weitere Etappe auf dem Wege zum Frieden auffasse. Botschafter von Hoesch erwiderte hierauf und erklärte, daß die Verhandlungen deutscherseits mit dem aufrichtigen Wunsch zu einem Einverständnis mit der französischen Regierung zu gelangen geführt würden und in der Hoffnung, daß dadurch die normalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland insbesondere aber der Warenaustausch gefördert würden.

Nach Beendigung der Sitzung fand eine Unterredung zwischen den beiden Delegationsführern, Handelsminister Raynaldy und Staatssekretär Trendelenburg statt, um sich über die Arbeitsmethode zu verständigen.

Wirtschaftliches.

Hamburger Getreidebörse.

() **Hamburg**, 30. Sept. Am Getreidemarkt waren die Forderungen für ausländisches Getreide, besonders für Roggen, infolge der Steigerung der amerikanischen Preise erhöht. Das Geschäft nahm aber nur kleinen Umfang an, da der Bedarf zur Zeit versorgt ist und mit Käufen zurückhält. Weizen galt 225—232, Roggen 225—230, Hafer 180—190, Braugerste 225—245, Futtergerste 212—224, ausländische Gerste 229—231, Mais 194—196 Rentenmark für die 1000 Kg. Mehl war fest. Deutsches Mehl kostete 32,5, Kaiserauszugsmehl 37,5 Rentenmark die 100 Kg. und amerikan. Weizenmehl 7,5 bis 8,0 Dollar der Doppelzentner.

Berliner Getreidebörse.

Die Preise bewegten sich in denselben Grenzen wie an der Hamburger Börse. Für Mahlhafer wurden folgende Preise (in Goldmark) festgesetzt: Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1,10—1,20, desgl. Haferstroh 0,90—1,00, desgl. Gerstenstroh 0,90—1,00, bindfadengepreßt. Roggen- und Weizenstroh sowie gebündeltes Roggenlangstroh je nach Frachtlage. Häcksel 1,30—1,55, handelsübl. Heu alt 2,20—2,50, gutes Heu 3,20—3,40, Kleeheu, neu, 4,00—4,50. (Alles die 50 Kg. ab Stat.)

Frankfurter Getreidebörse.

Die eingeklammerten Zahlen gelten vom vorigen Tage. Weizen, Wetterauer 30. Sept. 25—26; (24,60 bis 25,50); Roggen neue Ernte 24,00—24,75; (23—2375) Gerste, Sommer 26—28; (25,50—27,50); Hafer inländ. 22,50—23,75 (22,50—23,50); Mais La Plata 20—20,50 (19,75—20); Weizenmehl, süd. spez. 37—38; (36,50—37,25); Roggenmehl 32,75—33,75; (32,50—33); Kleie, Weizen 13; (12,75—13); Roggen —; (12,50—12,75). Alles in Rentenmark für die 100 Ko.

WTB Berlin, 1. Okt. Wie der Ausweis der Reichsbank vom 23. d. M. zeigt, hat sich ihre Kapitalanlage insgesamt um 37,5 auf 2061,9 Trillionen vermehrt, während gleichzeitig 20 Trill. an Wechseln aus dem Portefeuille der Bank rediskontiert wurden. Im einzelnen erhöhten sich die im Wechsel- u. Lombardverkehr ausgeglichenen Kredite im Papiermarkgeschäft um 11,4 auf 862,6 Trill. Mark, im Rentenmarkgeschäft um 28,3 auf 1121,7 Millionen Rentenmark. Die Summe der außerhalb der Bank weiterbegebenen Wechsel stellte sich am 23. d. Mts. auf 216,7 Trill. Mark. Der Umlauf an Zahlungsmitteln zog sich in der Berichtswoche weiter zusammen. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen flossen im ganzen 112 Trill. Mark in die Kassen der Reichsbank zurück, und zwar nahm der Umlauf an Reichsbanknoten um 53,7 auf 1252 Trill. Mark, der Rentenmarkumlauf um 58,3 auf etwa 1710 Mill. Rentenmark ab. Im Zusammenhang mit der **vermehrten Kreditgewährung** und den Zahlungsmittelrückflüssen wuchsen die fremden Gelder der Bank um 145,7 auf 895,40 Trill. Mark. Der Goldbestand stieg von neuem um 16,3 auf 560,1 Mill. Goldmark. Die Scheidemünzenbestände gingen um 0,4 auf 28 Trill. Mark zurück.

WTB Berlin, 30. Sept. Der Hauptausschuß der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Spitzenvertretung des gesamten Berufsstandes, tagte am 22. d. Mts. unter außerordentlich starker Beteiligung seiner Reichsfach- und Landesverbände, um zu den wichtigsten Tagesfragen Stellung zu nehmen. Außerhalb der Tagesordnung wies der Vorsitzende in seiner Begrüßungsansprache auf die Einwirkung hin, die die Londoner Vereinbarungen und die neuen Zollvorschläge auf den Einzelhandel haben müßten. Eine eingehende Diskussion rief die von einer Gruppe des Lebensmitteleinzelhandels erhobene Forderung auf Verleihung des öffentlichen Rechts hervor. Der Hauptausschuß lehnte diese Forderung für den gesamten Einzelhandel einmütig ab, glaubte aber die Bestrebungen des Antragstellers in einer Kommission unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Lebensmittelbranche nochmals einer Prüfung unterziehen lassen zu müssen.

Das Steuerreferat gab Veranlassung zur Annahme nachstehender Entschließung:

„Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat in ihrer Ausschußsitzung vom 22. Sept. zu den schwebenden Steuerfragen folgende Entschließung angenommen:

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ist einmütig der Auffassung daß eine Umgestaltung des Systems der

Umsatzsteuer

in ihren Grundzügen gegenwärtig nicht in Frage kommen kann und darf, wenn nicht das Erträgnis für den Staat ganz gewaltig beeinträchtigt werden soll. Exporterscheinungen muß ohne Aenderung des Systems durch ein verbessertes Rückvergütungsverfahren an die Exporteure begegnet werden.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erhebt einstimmig Protest gegen die von Industrie und Großhandel vorgeschlagene

Kleinhandelssteuer,

die den gesamten Einzelhandel ruinieren, die Konsumenten über Gebühr belasten, den Schleichhandel fördern würde und letzten Endes durch Verringerung des Absatzes wieder ungünstig auf die Produktion einwirken müßte.

Dringende Vorstellung erhebt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gegen das heutige System der

Vorauszahlung

auf ein angeblich vorhandenes Einkommen, dessen Existenz nach dem Verlauf des bisherigen Geschäftes in diesem Umfange bezweifelt werden muß. Ohne die Notwendigkeit zu verkennen, dem Staat die für seinen Bestand erforderlichen Steuern zuzuführen, muß daher das dringende Verlangen gestellt werden, daß so schnell wir irgend möglich dieses System der Vorauszahlung vollkommen verschwindet und spätestens vom 1. Jan. 1925 ab wieder eine Besteuerung nach dem tatsächlich im Jahre 1924 erzielten Einkommen erfolgt. Für 1924 bereits zuviel gezahlte Beträge müssen auf die neue Steuerschuld in Anrechnung gebracht werden können. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ist überhaupt der Ansicht daß für den Einzelhandel in Zukunft lediglich eine

Besteuerung nach dem wirklichen Ertrag

in Frage kommen kann, derartig, daß der Steuer stets das Einkommen des verflossenen Jahres bezw. des Durchschnitts von 3 Jahren zugrunde gelegt wird. Auch hierfür ist Voraussetzung, daß die derzeit bestehenden abnorm hohen Einkommensteuersätze von 10 bis 60 Prozent den heutigen Verhältnissen entsprechend herabgesetzt werden.

In der Frage der

Gewerbesteuer

ist eine Regelung von Reichswegen dahin gehend zu erstreben, daß auch hier nicht willkürlich äußere Merkmale des Geschäftsbetriebes, sondern lediglich die tatsächlich erzielten Erträge und das tatsächlich vorhandene Betriebsvermögen als Steuergrundlage herangezogen werden."

Die Tagung schloß mit der Aufnahme einiger der wenigen noch außerhalb der Gesamtorganisation stehenden Verbände.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. K. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion P. Hüttemann-Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. B. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklamen- und Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe.

Schwanensaal Olpe!

Nur einmaliges Gastspiel
von Mitgliedern des ehemaligen
Millowitsch-Theaters
Sonntag, den 5. Oktober,
abends 8 Uhr
Die Radio-Brille
der tollste Schwank der Gegenwart mit
Willi Claßen,
dem unvergleichlichen Tünnesdarsteller,
Hanne Belz, Hilde Grüner,
Charlotte Landau,
Walther v. Perlstein.
Die Radio-Brille ist das Tagesgespräch in allen Großstädten.
Karten sind im Vorverkauf zu haben im Hotel zum Schwanen zum Preise von M. 1,— bis 1,50 exkluiv Steuer.

Lachen! Lachen! Lachen!

Städtisches Schauspielhaus, Hagen i. W.
Wochenspielplan vom 29. Sept. bis 5. Okt. 1924.

Donnerstag, den 2. Okt.: „Der arme Konrad" Bauerntragödie (7,30—10,30)
Freitag, den 3. Okt.: Geschlossene Vorstellung für den B. V. B. „Ein Sommernachtstraum" (7,30—10,30)
Samstag, den 4. Okt.: „Eine Nacht in Venedig" Operette von Johann Strauß (7.30—10,30)
Sonntag, den 5. Okt.: „Eine Nacht in Venedig" Operette von Johann Strauß (7,30—10,30)

Achtung! Achtung!

Komme Freitag auf den Marktplatz nach Olpe mit einer Waggonladung prima

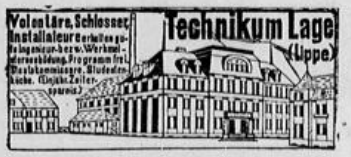
Eß- Koch- und den besten Einmachbirnen 10 Pfd. 1.— prima Tafeläpfel 10 Pfd. 1,50 Mk., ferner Rotkohl, Wirsing, prima Winterzwiebeln, Tomaten 30 Pfg. das Pfd., Roheßbücklinge Pfd. 50 Pfg., 5 Pfd. Kiste 2,30 Mk., ferner neue süße Feigen 50 Pfg. das Pfd.

August Wegener,
Elberfeld.

Gottesdienst-Ordnung.
Freitag, den 3. Oktober.
Pfarrkirche in Olpe.
5¾ Uhr Aussetzung und Hochamt.
½7 Uhr Hochamt.
7¼ Uhr Hochamt mit Segen.
8 Uhr abends Herz-Jesu-Andacht.

Schlosser- u. Klempnerarbeiten
aller Art,
Reparaturen landw. Maschinen, Lieferung von Ersatzteilen usw.
sachgemäß und prompt
durch
Westfälische Eisenwarenfabrik
Alterauge & Cie.
in Drolshagen.

Für Herren habe ich einen neuen Mercedes Stiefel mit eingearbeiteter orthopädischer Senkfusseinlage. Diese und durchgehende Doppelsohlen geben dem Fusse dauernd festen Halt und schmerzloses Auftreten.
Menzebach.



Turn-Verein :-: Olpe
Turnstunden:
Turnerinnen: Dienstags 8¼ — 10 Uhr
Turner: Freitags 8¼ — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8¼ — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
(HARRIMAN LINE)
Nach
NORD-AMERIKA
SÜD-AMERIKA
CANADA
CUBA — MEXIKO, WESTINDIEN
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung, Unterbringung in Kammern in allen Klassen
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Hamburg Alsterdamm 25
und deren Vertreter in
OLPE:
CHRISTIAN SCHÜNE.

A. & W. Saßmannshausen
Eichen i. W.
Telefon Nr. 161 Amt Kreuztal
liefern
Personen-, Liefer- u. Lastkraftwagen Motorräder.
Vertretung
der Selve-Automobilwerke Aktien-Ges. Hameln für 8/32 und 8/40 Personenkraftwagen Zwei-, Vier- und Sechs-Sitzer.
Reparaturwerkstätte.
Wir übernehmen Reparaturen aller Arten Kraftfahrzeuge in allen Fabrikaten und garantieren durch vieljährige Praxis erstklassige und zuverlässige Arbeit bei billigster Berechnung.

Muskator-Pferdefutter, Hafer, Maismehl, Gerstenmehl, Bollmehl, Kleie
stets vorrätig
Wilh. Schleifer,
Nachf., Olpe.

Man nehme
zur Wäsche nie Seife allein, das Waschen würde zu teuer sein. Man nehme
Henko
als Zusatzmittel — — die Kosten verringern sich um ein Drittel
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Frischen großen
Schellfisch Bückinge Bratheringe, Rollmops, Salz- und marin. Heringe.
Wwe. Joh. Liebler,
Olpe.

Junge Hündin,
(Bracke) braun mit weißen Abzeichen, vor 8 Tagen abhanden gekommen.
Julius Grünewald,
†3278) Kirchhundem.

Haben
Sie etwas zu färben oder zu reinigen, dann bringen Sie selbiges zu
Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstraße 18.

Freiw. Verkauf.
Ich weise nochmals darauf hin, daß
am Freitag, dem 3. 10., morgens 9 Uhr
der Verkauf meiner
3-Zimmer-Einrichtung
stattfindet. (†3274)
Schuhmachermeister
Bernhard Stracke,
Wenden/Schlegelsberg.

Weihnachtsbäume!
Kaufe jedes Quantum ab Wald oder frei Bahnhof zum höchsten Tagespreis.
Angebote erbittet (†3277
P. H. Schwermer,
Heinsberg (West.).

Eine gute
Milchziege,
eine
Häckselmaschine
zu verkaufen. (†3279
Frankfurterstr. 5.


Offer. fabrikneue
Fahrräder
mit Garantieschein Freil. u. Gummi zu M. 70.— Laternen mess. vern. M. 3.50 Decken M. 3.—
Schläuche Mk. 1.— und alle Teile billigst.
Christ. Rieß. Olpe.

Jungdeutscher Orden.
Heute abend 9 Uhr pünktlich im Hotel Tillmann
Bruderpflichtabend
Es spricht Komtur Dr. Stühler. (†3275)
Der Großmeister.

Dr. Thompsons Seifenpulver
spart Arbeit, Zeit und Geld
DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER